

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

25.7.1925 (No. 170)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straßen 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 2615

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. K. u. u.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhebung, zwangsweiser Verteilung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für allepostische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewährung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### \* Neue Schwierigkeiten

Die Situation, wie sie zu Beginn dieser Woche gleich nach Überreichung der deutschen Note bestand, war offenbar zu schön, als daß sie hätte von Dauer sein können. Schrittweise hat sie sich zum Schlechten verändert, und zwar mit jedem Tage der Woche mehr.

Erst hieß es, daß die Aufnahme der Note in Paris recht günstig sei, und daß Briand zu weiteren mündlichen Verhandlungen bereit sei. Dann wurde gemeldet, die französische Regierung betrachte die Note doch mit einiger Zurückhaltung. Und einen Tag später konnte man lesen, daß Briand keine direkten mündlichen Besprechungen mit Deutschland wolle, sondern die Absicht habe, nun seinerseits eine neue Note zu entwerfen und sie den Alliierten vorzulegen. Gleichzeitig setzte der Chor der Pariser Presse ein. Und die Artikel, mit denen diese Presse in den letzten Tagen die deutsche Note und zumal die letzte Reichstagsrede Stresemanns kommentiert hat, sind so geartet, daß man an einer Regelung der Sicherheitsfrage verzweifeln müßte, wenn Frankreich sich die Auffassungen dieser Blätter offiziell zu eigen macht.

Was den Umschwung in Paris herbeigeführt hat, läßt sich schwer sagen. Es ist möglich, daß man bei der ersten Durchsicht der Note mehr den entgegenkommenden Ton berücksichtigt, bei genauerer Prüfung aber dann vor allem die in der Note vorgebrachten deutschen Wünsche betrachtet. Und diese Wünsche wollen den französischen Machthabern anscheinend auch heute noch nicht einleuchten. Zweifellos spricht bei allem auch taktische Überlegung mit: Man will sich so unangenehm wie nur irgend möglich gebärden, um bei den unvermeidlichen Abstrichen dann nur wenig Konzessionen machen zu müssen. Es ist auch die Rede davon, daß Stresemann außer den in der Note genannten Wünschen noch eine ganze Reihe anderer Wünsche bei den vorgeschlagenen mündlichen Besprechungen vorbringen wolle. Was über diese neuen Wünsche von einem Blatt mitgeteilt wurde, ist allerdings so weitgehend, daß wir uns nicht denken können, die deutsche Reichsregierung halte heute schon die Zeit für die Anmeldung solcher Forderungen für gekommen.

Kurz und gut: Die Situation hat sich arg verdüstert, und der beste Beweis dafür ist die Tatsache, daß man auch in London recht pessimistische Urteile zu hören bekommt. Wenn Frankreich wirklich darauf bestehen bleibt, daß es Sanktionen auch ohne den Völkerbund verhängen und auch, ohne den Völkerbund zu fragen, als Garant der polnischen Sicherheit mit der Waffe in der Hand auftreten könne, wenn es weiter darauf besteht, daß Deutschland vor seinem Eintritt in den Völkerbund keine befriedigenden Zusicherungen hinsichtlich des § 16 der Völkerbundsstatuten (Durchmarschrecht) gegeben werden können, dann ist die Erörterung zum Abschluß eines Sicherheitspaktes allerdings aussichtslos. Denn dann würde bei der ganzen Geschichte nur das eine herauskommen, nämlich, daß Frankreichs Stellung noch mächtiger und Deutschlands Stellung noch elender wird als zuvor.

Innerpolitisch ist es für die Reichsregierung zweifellos eine peinliche Überraschung gewesen, daß die Sozialdemokraten, obwohl sie die Note ausdrücklich gebilligt hatten, gegen das Vertrauensvotum stimmten, mit der Begründung, eine Zustimmung könne als eine Billigung der gesamten, also auch der inneren Politik des Reichskabinetts aufgefaßt werden. Die Demokraten haben zwar dem Vertrauensvotum zugestimmt, aber auch ihrerseits erklärt, daß sich diese Zustimmung einig und allein auf die Note beziehe. Ein Teil der französischen Presse verwendet die Tatsache, daß die stärkste Partei des Reichstags, die Sozialdemokratie, gegen das Vertrauensvotum gestimmt hat, zu einem neuen Angriff gegen Deutschland und die Reichsregierung. Jedenfalls ist durch diese Haltung der Sozialdemokraten die Position der Reichsregierung gewiß nicht erleichtert worden.

Der Grund für dieses alles ist in den Kämpfen um die Zollvorlage zu suchen. Hier stehen sich die Anschauungen schroff gegenüber. Von der Opposition wird das Zollkompromiß der Regierungsparteien kritisiert, weil der Verzicht auf die Agrarmindestzölle angeblich nur Scheinbar sei. Sollte sich die Zollvorlage, an deren Annahme auf der Grundlage dieses Kompromisses wohl nicht zu zweifeln ist, in Reichserörterungen auf dem Lebensmittelmärkte auswirken, so wird die innerpolitische Lage ganz sicher außerordentlich ernst werden.

### Die Erörterungen über die deutsche Note

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ teilt mit, der französische Botschafter sei von Chamberlain empfangen worden, dem er ein umfangreiches Schriftstück Briands überreichte, welches die ersten Bemerkungen des Quai d'Orsay zur neuen deutschen Note enthalte. Daran habe sich eine ziemlich lange Erörterung angeschlossen. Weil jedoch die britischen Diplomaten und juristischen Sachverständigen bisher kein Zeit gehabt hätten, ihre Betrachtung zu vollenden und das Kabinett die Note noch nicht geprüft habe, sei Chamberlain noch nicht in der Lage gewesen, sich endgültig zu irgendeiner der aufgeworfenen Fragen zu äußern.

Wie von anderer Seite gemeldet wird, habe er die Stelle der deutschen Note, die sich auf eine mögliche Änderung des Regimes der Rheinlandbesetzung bezieht, als unbedeutend und als in erster Linie für den deutschen inneren Gebrauch bestimmt abgelesen. Er habe auch der Ansicht zugeneigt, daß das deutsche Ersuchen um zeitweilige Befreiung von gewissen Bestimmungen des Artikels 16 der Völkerbundsstatuten dem Völkerbund selbst zur Entscheidung überlassen werden könne. Briand lege jedoch anscheinend Nachdruck darauf, daß Deutschland keine beratende Befreiung gestatte und ihm nicht erlaubt werde, diesen Artikel für die Förderung nach einer sofortigen allgemeinen Mäßigungsbewegung zu benutzen. Briand betone auch, daß die gesamte Frage möglicher Sanktionen wegen irgend eines Reparationsverzuges von Seiten Deutschlands durch das im Londoner Vertrag vorgesehene Schiedsverfahren geregelt worden sei. In dem Protokoll hätte sich Frankreich jedoch das Recht zu bestimmten Sanktionen vorbehalten. Es heiße auch, daß Briand Einwände gegen das gemischte System von Schieds- und Ausgleichsverfahren, für das Deutschland eintrete, erhob. Frankreich halte sein Recht aufrecht, als einziger Garant und Schiedsrichter in deutsch-polnischen und deutsch-italienisch-polnischen Streitigkeiten zu handeln, falls Konflikte in diesen Gebieten entstehen sollten. Die Franzosen scheinen eine vielleicht undeutliche Stelle in Chamberlains Schreiben an Briand vom 18. Juni in Genf falsch gelesen zu haben, die auf jeden Fall nicht so ausgelegt werden dürfe, als ob sie den Teil C der französischen Note umstoße, wo die Autorität des Völkerbundes zur Behandlung aller Streitfragen durch eine völlig klare Formulierung aufrecht erhalten werde.

Der Berichterstatter bemerkt außerdem, Frankreich sei jetzt besonders darauf bedacht, daß der Pakt, wie er von Deutschland ausgelegt werde, von den Alliierten unmittelbar auf den Völkerbund übertragen werde, diese dazu ermächtigen würde, jedes Einbringen der Reichswehr in die entmilitarisierte Rheinlandzone als einen feindlichen Akt zu verhindern. Der Berichterstatter ist der Ansicht, daß, solange Frankreich zustimme, die Entscheidung in einem solchen Falle nur von allen alliierten Mächten einstimmig getroffen werden könnte, der französische Einspruch an sich zu keinem ernstlichen Einwand führen würde. Im Hinblick auf die gegen britische Protest erfolgte Weisung Frankfurts durch die Franzosen und Belgier im Jahre 1920 sei es ratsam, daß eine oberste Autorität zur Auslegung des Begriffs „feindlicher Akt“ bestimmt werde. Der Völkerbundsrat oder der Saager Gerichtshof seien für diese Zwecke angemessen. Außerdem würde eine solche Weisung umso notwendiger, als gemäß dem geplanten Pakt der in Frage kommende Artikel von einem einseitigen zu einem zweifseitigen werden würde.

Der Berichterstatter schließt: Die Unterschiede zwischen der französischen und der deutschen Auffassung seien daher, wie man sehe, sehr groß und in vielen Fällen von grundlegender Art.

Der „Times“ zufolge seien die Ansichten der britischen Regierung über die deutsche Sicherheitsnote gestern in einer an den britischen Botschafter in Paris gerichteten Mitteilung zusammengefaßt worden. Lord Crewe werde sie umgehend Briand übermitteln. Dies geschehe in Erwiderung auf die Mitteilung Briands über die der französische Botschafter in London Chamberlain am Donnerstag unternommen habe. Es sei jedoch nicht richtig, anzunehmen, daß Briands Mitteilung eine neue britische Schwierigkeit aufgeworfen habe. In best-unterrichteten Kreisen sei man gestern der Ansicht gewesen, daß sie die Tür für Verhandlungen offen lasse.

Der „Westminster Gazette“ zufolge scheint es möglich, daß wenn Chamberlain und Briand im Dezember zur Völkerbundsversammlung nach Genf kommen werden, Stresemann eine Einladung erhalten werde, anwesend zu sein, um die Erörterungen zu beschleunigen. Es sei schwierig zu sagen, ob durch solche persönliche Fühlungnahme zwischen den Außenministern der verschiedenen zwischen der deutschen und der französischen Auffassung bestehenden Unterschiede überbrückt werden könnten. In gleicher Weise seien Briands Bemerkungen zur deutschen Antwortnote nur Annäherung und vorläufiger Art. Es werde aller Geschäftlichkeit Chamberlains bedürfen, um die deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ will wissen, die letzten Entwürfen bezüglich des Sicherheitspaktes hätten unter den britischen Ministern beträchtliche Befürchtungen wegen der Zukunft der augenblicklichen Erörterungen gezeigt. Obwohl die Note in den verschiedenen Teilen sorgfältig geprüft worden sei, werde sie nicht nur als befriedigend, sondern als ausreichende Verhandlungsgrundlage angesehen; aber die einschneidenden Gegenforderungen Briands drohten einen Stillstand herbeizuführen. Baldwin und seine Kollegen beachteten, eine sehr feste Haltung gegenüber allen übertriebenen und gefährlichen Forderungen der in Frage kommenden Parteien anzunehmen. Jegliches Schiedsgerichtssystem, das in Aussicht genommen werde,

müsse, wenn Großbritannien es annehmen solle, die Gewähre geben, daß es zum Frieden und nicht zum Kriege führe.

Der „Matin“ glaubt zu wissen, daß bereits diplomatische Verhandlungen zwischen Paris u. Berlin über die Auslegung der deutschen Sicherheitsnote im Gange sind. Er glaubt, daß Deutschland sich hinsichtlich des französischen Vorschlages über die Ausgestaltung der Schiedsgerichtsverträge, die etwa mit Polen und der Tschecho-Slowakei unter der Garantie und Kontrolle Frankreichs abgeschlossen werden sollten, nicht entgegenkommend zeigen werde.

Was den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Verpflichtung des Art. 16 anbetreffe, wünsche Reichsaussenminister Dr. Stresemann persönlich eine Anpassungsformel zu finden. Er glaube, daß man durch direkte Verhandlungen dazu gelangen könne. Wenn Frankreich wenig geneigt sei, eine Konferenz hierüber anzunehmen, wünsche der Reichsaussenminister zu Beginn des Monats September ein Zusammentreffen mit Chamberlain, Briand und anderen Vertretern der an der Sicherheitsfrage interessierten Mächte in Genf.

Nach einer Havasmeldung aus London soll das Foreign Office gestern seine Meinung über die deutsche Antwortnote in einer Note zusammengefaßt haben, die gestern dem englischen Botschafter in Paris übermittelt wurde. Dieser sei beauftragt, Außenminister Briand mündlich hierüber Kenntnis zu geben.

### Deutscher Reichstag

W.B. Berlin, 24. Juli.

Auf der Tagesordnung steht die 3. Beratung der Novellen zur

#### Personalabgabenordnung.

Ein Regierungsbevollmächtigter ersucht den Reichstag den in der zweiten Lesung gefaßten Beschluß auf Streichung des § 14 über die Sonderbehandlung der verheirateten Beamtinnen wieder aufzuheben.

Frau Abg. Pflüß (Soz.) tritt dagegen für die Aufrechterhaltung des Beschlusses der zweiten Lesung ein. Es sei in keiner Weise berechtigt, die verheirateten Beamtinnen schlechter zu stellen, als die übrigen Beamtinnen, indem ihr Dienstverhältnis jeder Zeit am Monatschluß mit einer Kündigungsfrist von 3 Monaten gekündigt werden kann.

Frau Abg. Ahrendsee (Komm.) wendet sich stark gegen die Forderung der Regierung, in diesem Falle die Frauen in schlechterer Weise zu behandeln.

Abg. Koch-Weser (Dem.) bezeichnet es als eine Forderung der Gerechtigkeit und des Staatsrechts, daß endlich mit dem Ausnahmerecht gegen die weiblichen Beamten Schluss gemacht werde.

Ein sozialdemokratischer Antrag der in den höchsten Beobachtungsgruppen die Pensionsfürsorgebestimmungen wiederherstellen will, wird mit 211 gegen 140 Stimmen abgelehnt.

In der namentlichen Abstimmung wird dann der Antrag der Regierungsparteien auf Wiederherstellung des Art. 14 über die Sonderstellung der verheirateten Beamtinnen mit verschiedenen Widerungen mit 232 gegen 155 Stimmen angenommen.

Es wird noch ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, wonach Artikel 14 mit dem Inkrafttreten des neuen Reichsbeamtenrechtes spätestens jedoch am 31. März 1929 außer Kraft tritt.

Vor der Schlußabstimmung gibt Abg. Strinckhoff (Soz.) für die sozialdemokratische Partei die Erklärung ab, die Wiederherstellung des Artikels 14 sei an sich zweifellos eine Verletzung des Artikels 128 der Reichsverfassung. Da für diesen Beschluß die für Verfassungsänderungen erforderliche 2/3 Mehrheit nicht erreicht sei, sei der Beschluß rechtsungültig. In namentlicher Schlußabstimmung wird die Vorlage mit 238 gegen 156 Stimmen angenommen. Die im Falle einer Verfassungsänderung erforderliche 2/3 Mehrheit ist also nicht erreicht.

Es folgt hierauf die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über

#### Straffreiheit des Amnestiegesetzes.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) bezeichnet den von der Regierung vorgelegten Gesetzesentwurf als eine schwere Enttäuschung. Man hätte anlässlich der Hindenburgwahl erwarten sollen, daß allen Amnestie gewährt würde, die aus Not und Verzweiflung die Gesetze verletzten hätten. Der Ketter Hindenburg rettet mit dieser Amnestie kein Opfer der traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Auch viele verurteilte Frauen warteten jetzt vergeblich auf den Ketter Hindenburg, den sie gewählt haben. Als dann der Redner auf den Fall zu sprechen kommt, der der Nechten nahestehe und ein Kommunist den betreffenden als Verleumder bezeichnet, kommt es zur hitzigen Auseinandersetzung zwischen Rechts und Links.

Abg. Frau Volke (K.) erklärt, daß heute niemand mehr von einer gerechten Justiz in Deutschland zu reden wagt, das zeige der Höflesandal in Moabit. Das Amnestiegesetz sei nur für die Erbarchleute bestimmt. Den Arbeitern werde damit nur eine Geste gemacht. Das Amnestiegesetz sei geradezu ein Sozialgesetz für Ludwig Bauer und Ehrhardt. Die Arbeiter haben es in der Hand, durch den Generalfreik volle Amnestie zu erzwingen (Große Unruhe rechts).

Abg. Dr. Kahl (D.D.P.) ruft: Sie wollen also die Amnestie garnicht? Sie zerstören sie!

Die Unruhe steigert sich und Vizepräsident Dr. Well erucht wiederholt vergebens um Ruhe.

Die Aussprache ist damit beendet. Die Vorlage wird dem Rechtsausschuß überwiesen. Auf Vorschlag des Altensprekators vertagt sich um 5 1/2 Uhr das Haus auf Samstag 1 Uhr.

## Politische Neuigkeiten

### Finanzausgleich und Länder-Defizit

Bei der weiteren Beratung des Finanzausgleichsgesetzes im Steueraussschuß des Reichstags erklärte der preussische Finanzminister Doepfer-Schöff, daß sich das Defizit bei dem preussischen Staat und den Gemeinden auch bei stärkster Sparsamkeit durch Änderung der Beteiligungsquoten auf etwa 550 Millionen RM. erhöhe und daß die Regierungsvorlage in dieser Form für die Länder unannehmbar sei.

Reichsfinanzminister von Schlieben erwiderte, daß das Streben des Reiches in erster Linie darauf gerichtet sein müsse, die im Londoner Abkommen übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Das Reich müsse daraus die Konsequenzen ziehen, sowohl die Beherrschung des Steuersystems in möglichst vollem Umfange zu behaupten, wie auch sich den Anteil an dem Steuerertrag zu sichern, der ihm die ihm obliegenden Leistungen ermöglicht. Außerdem müsse die Steuerpolitik so geführt werden, daß die Wirtschaft einerseits ihre wesentliche Funktion erfüllt, für die politische und kulturelle Neuentwicklung des deutschen Volkes die Grundlage zu bilden, andererseits aber auch den ihr nach dem Reparationsplan obliegenden Verpflichtungen nicht nur im Augenblick, sondern auch in den in Aussicht genommenen langen Jahren hinaus gewachsen bleibt. Das deutsche Volk müsse gemeinsam die schweren Lasten der Reparationen tragen und deshalb könne den Ländern nicht mehr zugestanden werden.

Im Verlaufe der Sitzung teilte Finanzminister Doepfer-Schöff mit, daß nach den Stichproben, die gemacht worden seien, sich die Ausgaben der Gemeinden für Wohlfahrtszwecke seit dem Kriege in Preußen von 92 auf 800 Millionen und in Bayern von 17 auf 70 Millionen gesteigert hätten.

Da in der Abstimmung zur Frage der Besteuerung der öffentlichen Betriebe alle Anträge abgelehnt wurden, blieb es hinsichtlich der Besteuerung der öffentlichen Betriebe bei den Bestimmungen der Regierungsvorlage. Angenommen wurde jedoch eine Bestimmung, die den Ländern und Gemeinden das Recht gibt, die Reichspost zu denselben Abgaben heranzuziehen, die ganz oder zum Teil für die Unterhaltung der öffentlichen Wege verwendet werden.

Damit war die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reiches, der Länder und der Gemeinden erledigt.

### Die Rentenbank-Kreditanstalt

Im Reichsgesetzblatt wird das Gesetz über die Errichtung der deutschen Rentenbank-Kreditanstalt veröffentlicht. Aufgabe der Rentenbank-Kreditanstalt ist die Beschaffung und Gewährung von Krediten für Zwecke der deutschen Landwirtschaft unter Einfluß der Förderung der Bodenkultur und der landwirtschaftlichen Siedlung. Die Anstalt wird mit den hierzu verfügbaren Mitteln der deutschen Rentenbank (180 Millionen RM.) dotiert. Ihr Stützpunkt außerhalb der Reichsgrenzen ist die Liquidierung der Rentenbankcheine jährlich bis zu 25 Millionen Mark aus Rentenbankgrundschuldscheinen zu. Ihr Geschäftsbetrieb soll bestehen in Gewährung landwirtschaftlichen Personalkredits, landwirtschaftlichen Realcredits und Meliorations- und Siedlungskredits. Als zentrales, landwirtschaftliches Kreditinstitut soll die Anstalt lediglich die übrigen landwirtschaftlichen Kreditinstitute mit Kreditmitteln versorgen. Die unmittelbare Kreditgewährung an die landwirtschaftlichen Kreditnehmer ist ebenso wie das Depot- und Depostengeschäft ausgeschlossen.

In dem Verwaltungsrat der Anstalt, dessen Vorsitzender der Präsident der deutschen Rentenbank ist, entsenden 11 Eise auf dem Reichsrat bestellte, auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Kreditwesens bewanderte Personen und 2 Eise auf Personen, die die Reichsregierung bestellt hat, wobei je einer der vom Reichsrat und der von der Reichsregierung zu besetzenden Eise einem Vertreter der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer zufallen soll. Der zulässige Höchstbetrag des Eigenkapitals der Anstalt ist auf 500 Millionen Mark, die Höhe auszugebender Schuldverschreibungen auf den sechsfachen Betrag des Eigenkapitals begrenzt. Da die verfügbaren Mittel der deutschen Rentenbank bereits durch die Treuhänderstelle für die Deutsche Rentenbank für landwirtschaftliche Kreditzwecke vergeben sind, ist mit der Errichtung des neuen Kreditinstitutes eine Vereinfachung neuer Kreditmittel für die deutsche Landwirtschaft zunächst nicht verbunden. Eine Kreditvermehrung wird erst dann eintreten, wenn es dem Institut gelingt, eine ausländische Anleihe zur Gewährung von landwirtschaftlichem Realcredit gegen hypothetische Belastung abzuschließen, worüber Verhandlungen mit Kreisern amerikanischer Geldgeber schweben.

### Rundgebungen gegen die Zollvorlage

Im Herrenhaus zu Berlin hatten sich Vertreter des Einzelhandels, des Großhandels, des Handwerks und der verarbeitenden Industrie versammelt, um zu der Zollvorlage Stellung zu nehmen. Es wurde ein ständiger Ausschuß für Handelspolitik gegründet. Nach längerer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, die sich gegen alle Zollbindungen in der Gestalt von Mindestzöllen wendet und fordert, daß die Höhe der kleinen Zollvorlage in den Handelsvertragsverhandlungen erheblich herabgesetzt werden. Weiter wird gefordert, daß die Verbände der verarbeitenden Industrie, des Handels und des Handwerks, sowie die Vertreter der Verbraucherschicht zu den Vorbesprechungen für die angeforderte große Zollvorlage hinzugezogen werden.

### Der Monatsbericht der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft

Nach dem Bericht der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft über den Monat Juni wurde der Güterverkehr in diesem Zeitraum durch die anhaltend ungünstige Wirtschaftslage, vor allem aber durch die veränderten Wirtschaftsbeziehungen zu Polen, beeinträchtigt. Im Güterverkehr wurde durch Einführung der Durchgangsgüterzüge mit einer Höchstgeschwindigkeit von 60 Kilometern eine Neuerung geschaffen, die es ermöglicht, daß selbst die Entfernungen wie Köln-Berlin und Köln-Hamburg Frachten schon am Tage nach ihrer Aufgabe ausgeliefert werden können.

Die Zahl der Personen- und Schnellzüge ist mit dem am 5. Juni in Kraft getretenen neuen Fahrplan überall vermehrt und die Geschwindigkeit vielfach gesteigert worden. Im Tarifwesen wurden durch die neuen Ausnahmetarife, u. a. für Südbahnen, Grubenholz, Steinkohle und Erdöl, Frachternormierungen bis 24% gewährt. Im Mai sind an Einnahmen der Betriebsrechnung aufgenommen 390 012 000 Mark, denen an Ausgaben der Betriebsrechnung 289 541 000 Mark, an außerordentlichen Ausgaben 25 015 000 Reichsmark gegenüberstehen. Es wurde ermöglicht, die Rückstellung für die kommende Vergrößerung der Reparationsschuldverschreibungen planmäßig vorzunehmen. Der Personalbestand betrug Ende Mai insgesamt 735 845 Köpfe.

Empfänge beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident empfing Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der freien und geistigen Berufe, ferner den Vorstand des Bundes „Saarbrücken“. Weiter empfing der Reichspräsident die Vertretung des Ehrenpräsidiums und des Präsidiums des Bundes der Auslandsdeutschen.

### Zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft

In der Reichslage fand am Freitag unter dem Vorsitz des Reichslängers und in Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers, Reichsarbeitsministers und des Reichsbankpräsidenten eine Aussprache mit den Vertretern der rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenindustrie und des Reichsverbandes des deutschen Industrie- und Handelstages statt. Es wurde die gesamte wirtschaftliche und finanzielle Lage der deutschen Wirtschaft, insbesondere der Rohstoff- und Eisenindustrie besprochen. Dabei bestand Übereinstimmung darüber, daß es darauf ankomme, Mittel und Wege zu finden, um allen Produktionszweigen wieder auf die Dauer die Wirtschaftlichkeit zu sichern. Es konnte festgestellt werden, daß ausföhrliche Verhandlungen über die Ermöglichung der allmählichen Abstoßung der Halbenbestände des Steinkohlenbergbaues im Gange sind. Die Industrievertreter betonten, daß die Belastung mit sozialen Abgaben, Steuern und Zinsen in der gegenwärtigen Höhe nicht länger erträglich sei. Diese Fragen wurden eingehend erörtert. Die Diskussion erstreckte sich auch auf Fragen der Preisbildung des gesamten Verteilungsapparates.

In diesem Zusammenhang sollen am nächsten Dienstag beim Reichsarbeitsminister gemeinsame Beratungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern des Ruhrkohlenbergbaues und der Eisenindustrie stattfinden. Am Mittwoch wird voraussichtlich der Reichslänger eine Vertretung der Arbeiterschaft empfangen, um mit ihr die freitägigen Fragen zu besprechen.

### Tätigkeitsbericht der Saargebietregierung

Die Regierungskommission des Saargebietes hat dem Generalsekretär des Völkerverbundes ihren 22. Tätigkeitsbericht, umfassend die Zeit vom 1. August 1924 bis 30. Juni 1925, zugestellt. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Industrie und der Handel des Saargebietes immer dem seit dem 10. Januar ds. J. bestehenden Regime leben und den Abschluß eines französisch-deutschen Handelsvertrages ermarren. Die Regierungskommission hat sich auf eine Anfrage der französischen und deutschen Handelsdelegationen, denen die Abfassung der Bestimmungen betreffend das Saargebiet obliegen, bereit erklärt, zur Übernahme gewisser Verpflichtungen, die der in Ausarbeitung befindliche Vertrag ihr auferlegen würde. Die Durchführung des vom Völkerverbund bewilligten Programms betreffend die örtliche Polizei nimmt ihren normalen Fortgang. Im abgelaufenen Quartal wurde die örtliche Polizei um 62 Mann auf eine Effektstärke von 817 Mann erhöht. Die Regierungskommission teilt schließlich mit, daß sie der Landwirtschaft rüchzahlbare Vorstöße in Höhe von einer Million Franken zur Verfügung stellen wird.

### Die Friedensbemühungen in Marokko

Der „Petit Parisien“ berichtet über den bei Abd-el-Krim unternommenen Schritt, um ihm die Friedensbedingungen Frankreichs und Spaniens bekanntzugeben. — Nach der Konferenz in Madrid, die diese Bedingungen festsetzte, sei ein Brief an Abd-el-Krim entworfen worden, der ihm mitteilte, die Friedensbedingungen seien ausgearbeitet. Wenn er wolle, könne er davon Kenntnis nehmen. — Dieser Brief sei einem Emisär anvertraut worden, der auf einem dem span. Weeder Schbarietta gehörigen Schiff abgereist sei. Er sei in der Alhucemas-Bucht angekommen, an Land gestiegen und habe einer Persönlichkeit der Umgebung von Abd-el-Krim den Brief übergeben. Das sei vor 10 Tagen geschehen. Abd-el-Krim habe bis jetzt noch keine Antwort auf den ihm überreichten Brief gegeben. Weder die französische noch die spanische Regierung hätten irgendwelche Mitteilung erhalten.

Der deutsche Außenhandel im Juni 1925 weist bei der reinen Wareneinfuhr gegenüber dem Vormonat eine leichte Steigerung um 16 Millionen Rentenmark auf. Die reine Wareneinfuhr ist dagegen um rund 42 Millionen Rentenmark gefallen. Die sich auf Grund des reinen Warenertrages (unter Ausschreibung des Außenbilanz mit Gold und Silber) ergebende Passivität der Handelsbilanz beträgt im Juni 323 Millionen Rentenmark gegen 266 Millionen im Mai und 337 Millionen Rentenmark im April. Bei der Einfuhr ist eine Zunahme von 52 Millionen Rentenmark bei Lebensmitteln und Getränken und eine Abnahme von 35,7 Millionen bei Rohstoffen und Halbfertigwaren festzustellen. Der Ausfuhrertrag verteilt sich auf alle Positionen, hauptsächlich sind daran beteiligt: Rohstoffe und Halbfertigwaren mit 17,6 Millionen Rentenmark und Fertigwaren mit 19 Millionen Rentenmark.

Streikbewegung in England. In Bradford sind 50 000 Textilarbeiter in den Ausstand getreten, und zwar entgegen den von ihren Führern erteilten Weisungen, wonach in einigen Firmen, die keine Lohnherabsetzung vornehmen, die Fortsetzung der Arbeit gestattet werden sollte. Die Streikenden drangen in die Fabriken, in denen gearbeitet wurde, ein und erzwangen die Einstellung der Arbeit. Schließlich mußte die Polizei einschreiten. Zahlreiche Fenster Scheiben wurden durch Steinwürfe zertrümmert. Zwei Polizisten wurden verletzt.

Die große Schweizer Kunstausstellung — ein großer Erfolg. Die ersten Aufregungen der Schweizer Presse über die große Schweizer Kunstausstellung in Karlsruhe liegen vor. In sämtlichen Berichten kommt einmütig Achtung und Lob zum Ausdruck, das dieser Ausstellung gezollt wird. So bringt der „Berner Rund“ in seiner Montag-Ausgabe Nr. 201 einen ausführlichen Bericht über die Ausstellung unter der Überschrift „Ein großer Erfolg“ und führt u. a. aus: „Die Ausstellung übertrifft die höchsten Erwartungen in bezug auf Fülle und Mannigfaltigkeit des gesamten schweizerischen Kunstschaffens des 19. Jahrhunderts und der Gegenwart, das in seinen verschiedensten Richtungen durch die charakteristischsten Persönlichkeiten vertreten ist. Man hat noch nie in einer Ausstellung die Eigenart und Kraft der Schweizer Talente so anschaulich vereint gefunden, wie hier in Karlsruhe.“ — Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt in ihrer Ausgabe Nr. 1139: „Die Eröffnung der großen Schweizer Kunstausstellung wurde zu einer herzlichen Begegnung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Baden und der Schweiz und zugleich zu ehrenvollster Anerkennung schweizerischer Kunstleistungen.“ Dr. Stord, Direktor der badischen Kunstsalles in Karlsruhe hat eine prächtige Vertretung der Schweizer Kunst, wie sie das Ausland noch nie sah, zusammengebracht und im einzelnen für eine vorzügliche Anordnung sorgfältig Deutsch-Schweizer- und weltliche Kunst erscheinen in ihren maßgebenden Künstlern und der markantesten wurde auch quantitativ eine ausdrucksvolle Aussprache geübt. . . . Der Eindruck auf die zahlreichen Teilnehmer am ersten Rundgang war zweifellos ein bedeutender.“

Rechtzeitige Lösung der Fahrkarten. Mit Rücksicht auf den alljährlich zu Beginn der Ferien bei den Schaltern der Bahnhöfe und bei den Reise- und Verkehrsbüros entstehenden großen Andrang macht der Badische Verkehrsverband auf die rechtzeitige Einholung der Rückkurse und Lösung der Fahrkarten besonders aufmerksam. Die Bestellung der zusammenstellbaren Rundreisecheine bei den Reisebüros soll insbesondere so frühzeitig aufgegeben werden, daß Ausfertigung und Lieferung möglichst noch vor dem eigentlichen Ferienbeginn erfolgen kann.

## Badischer Teil

### Zum neuen Gesetz über die Aufwertung von Hypotheken u. anderen Ansprüchen (Aufwertungsgesetz) vom 16. Juli 1925

In der Badischen Presse (vgl. die Nummer 330 vom 21. Juli 1925 und Nr. 334 vom 23. Juli 1925) veröffentlicht Bürgermeister a. D. Dr. Forstmann in Karlsruhe eine Artikelserie „Die neuen Aufwertungsgesetze“, worin u. a. ausgeführt ist:

„Jedenfalls vermag der Richter nach dem geltenden Recht dem Gläubiger auch über die Bestimmungen des Aufwertungsgesetzes hinweg dadurch zu Hilfe zu kommen, daß er ihm einen Anspruch an den im Grundbuch eingetragenen Goldmarkhypotheken gegenüber dem bereiderten Hypothekengläubiger zuerkennt.“

Der Verfasser vertritt die Auffassung, daß trotz der im Gesetz festgesetzten Beschränkung der Aufwertung der Hypotheken auf 25 Prozent des Goldmarkbetrags „das dinglich gesicherte Recht des Hypothekengläubigers in sich unverändert auch dann bestehen bleibt, wenn der Eigentümer des belasteten Grundstücks den Gläubiger nach Maßgabe des Aufwertungsgesetzes befriedigt hat“, daß „dieses ideale Recht“ zwar praktisch vorläufig nicht verwirklicht werden könne, daß es aber „in dem Augenblick wieder auflebe, in dem dieses Gesetz durch Richterpruch oder sonstige durch den natürlichen Verlauf der Ereignisse außer Kurs gesetzt werden wird.“ Im Anschluß hieran gibt der Verfasser jedem Hypothekengläubigen den dringenden Rat, „die Lösungsbevollmächtigung zu verweigern, bis seine Forderung rechtmäßig erfüllt oder sicher gestellt ist. Kein Gericht werde und könne ihn auf Grund des Aufwertungsgesetzes zur Erteilung der Lösungsbevollmächtigung verurteilen, wenn er den Nachweis erbringen könne, daß der Schuldner in der Lage sei, trotz des ihm zugedachten Aufwertungsmaßstabes voll zu erfüllen.“

Durch die ganze Abhandlung zieht sich wie ein roter Faden der Leitgedanke hindurch, daß die jetzige Regelung der Aufwertung durch das Aufwertungsgesetz nur eine vorläufige sei, und daß grundsätzlich die Rechte der Inflationsgläubiger mit dem beschränkten Maße der Erfüllung, das für den gegenwärtigen Augenblick im Gesetz vorgesehen ist, noch nicht erloschen, die Gerichte daher auch nicht gebindert seien, auf Antrag klagender Gläubiger auf Grund der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über ungerechtfertigte Bereicherung, Irrtumsanfechtung oder aus anderen Rechtsgründen dem geschädigten Gläubiger seine über den gesetzlichen Aufwertungsanspruch hinausgehenden Ansprüche zu sichern.

Die in den obigen Sätzen wiedergegebene Rechtsbelehrung ist völlig unzutreffend und nur zu sehr geeignet, bei den rechtsunkundigen Lesern Verwirrung herbeizurufen und unbegründete Hoffnungen zu wecken, es kann daher auch vor der Befolgung der erteilten Ratsschlüsse nicht ernstlich genug gewarnt werden. Nach dem klaren Wortlaut des neuen Aufwertungsgesetzes werden die Hypotheken, also die dinglichen Ansprüche auf Befriedigung aus den belasteten Grundstücken, auf 25 Prozent des Goldmarkbetrags aufgewertet. Eine höhere gesetzliche Aufwertung ist ausgeschlossen, nur eine Ermäßigung des Aufwertungsmaßstabes ist in den §§ 4 und 8 des Aufwertungsgesetzes vorgesehen. Der Aufwertungsbeitrag ist regelmäßig erst am 1. Januar 1932 fällig, doch ist der Eigentümer nach der ausdrücklichen Vorschrift des § 25 Abs. 2 des Aufwertungsgesetzes berechtigt, den Aufwertungsbeitrag nebst den fälligen Zinsen schon früher nach vorheriger dreimonatiger Kündigung an den Gläubiger zu bezahlen. Aus diesen beiden Zweifeln ausschließenden Vorschriften ergibt sich ohne weiteres die Verpflichtung des Hypothekengläubigers, den ihm vom Hypothekenschuldner angebotenen Aufwertungsbeitrag als gesetzliche Erfüllung seines dinglichen Anspruchs anzunehmen und die Lösungsbevollmächtigung zu erteilen, wenn er nicht die Kosten und sonstigen Nachteile eines nach Sachlage völlig ansichtslosen Prozesses auf sich nehmen will. Zur Vermeidung von Irrtümern sei hier nur kurz darauf hingewiesen, daß von der Aufwertung der Hypotheken die im Aufwertungsgesetz ebenfalls geregelte Aufwertung der persönlichen Forderungen des Hypothekengläubigers gegen seinen vom Eigentümer des belasteten Grundstücks häufig verschiedenen persönlichen Schuldner scharf zu unterscheiden ist; für sie gelten zum Teil andere Grundregeln, insbesondere wird in zahlreichen Fällen der persönliche Schuldner einen den normalen Höchstsatz von 25 Prozent des Goldmarkbetrags übersteigenden Aufwertungsbeitrag zu bezahlen verpflichtet sein.

Nachdem nach langen und schweren Kämpfen auf Grund eines trotz der unermesslichen Mängel erträglichsten Kompromisses der Reichstag mit überwiegender Mehrheit das Aufwertungsgesetz beschlossen und der Reichspräsident das Aufwertungsgesetz verkündet hat, wird kein ruhig und vernünftig abwägender Mensch mit der Änderung des Aufwertungsgesetzes noch rechnen dürfen, er wird sich auf den neu geschaffenen Rechtsboden, dessen Untermühlung ganz unabsehbare Folgen für die Gesamtwirtschaft und den einzelnen haben müßte, stellen und danach sein Verhalten einrichten müssen.

Dr. Fahl, Amt Todtnau, 23. Juli. Im hiesigen Bergwerk trug sich gestern vormittag ein schwerer Unglücksfall zu. In einem Stollen lösten sich plötzlich Erdmassen und verschütteten zwei Arbeiter. Der eine davon war sofort tot, der andere, der erst seit 8 Tagen hier arbeitete, erlitt schwere Ober- und Unterschenkelbrüche, sowie Quetschungen in der Nierengegend und mußte ins Krankenhaus nach Schopfheim verbracht werden.

# Badischer Landtag

## Die Nachtrags-Beratung im Haushaltsauschuss

gestaltete sich (nach dem „Bad. Beob.“) am 23. und 24. Juli wie folgt:

Die Sitzung beginnt am Donnerstag nachmittag mit einer nachträglichen Besprechung über eine Erhöhung des Staatszuschusses zum altkatholischen Kultus bezw. um Einföhrung der früheren Summe, die aus besonderen Umständen herrihrte. Nach der Zahl der altkatholischen Pfarren kommen für diese höhere Summen in Betracht als für die Geistlichen der katholischen Kirche. Es handelt sich für die altkatholischen Gemeinden hauptsächlich um die Versorgung der Hinterbliebenen. Die geforderte Erhöhung beträgt jährlich etwa 1950 Mark. Die Abstimmung wird am Tage darauf vorgenommen. Mit 9 Stimmen gegen 7 Stimmen der rechtsstehenden Parteien bei 5 Enthaltungen (Soz.) wurde der Antrag abgelehnt. Ein Zentrumsantrag: Es möge die Regierung eine allgemeine Prüfung über die Dotationsquote vornehmen, wurde mit 13 Stimmen (J., Dk., Landb., D. lib.) bei 8 Enthaltungen (Soz., Dem., Komm.) angenommen.

Dann wird in der Hochschuldebatte weitergefahren. Ein deutschnationales Fraktionsmitglied trägt ein Gesuch des Universitätsprof. v. Below vor, in dem eine neue Berechnung seiner Ruhegehaltsbezüge gefordert wird. Da der Petent den Klageweg beschritten hat, kann der Landtag zunächst keine Stellung nehmen.

Ein fogdem. Redner legt in energischen und ausführlichen Erklärungen die Frage dar, in welcher Weise ein befriedigender Ausbau der Straßen und Klinikbauten u. s. w. in Heidelberg bewerkstelligt werden kann.

Beim Vortr. „Soziale Fürsorge für Studierende“, der im Betrag von 40.000 Mark in der Form unverzinslicher Darlehen genährt werden soll — unter Bedingung des Niederfahrens — trägt der Berichterstatter an, ob der Staat eine Gewähr für entsprechende Verwendung der Gelder habe. Vom Regierungsvertreter wird ausgeführt, daß die Gesuche der Studierenden beim Hochschulhilfsdienst der einzelnen Universitäten einlaufen, aber dann von einer Zentrale verbeurkundet werden. Diesen letzteren Umstand beanstandete ein Zentrumsmitglied mit der Begründung, daß dann eventuell die süddeutschen Studenten nicht genügend berücksichtigt werden. Man solle versuchen, hier selbständig zu werden. Jedenfalls müsse die Volkswirtschaft jeweils bei der Etatberatung nachprüfen, inwieweit diese Gelder wieder ins Land, an badische Studierende, zurückfließen. In Vertretung der Kollegengelder sei man heute zu rigoros. Das Semester wird gestrichen, wenn die Gelder nicht zur rechten Zeit bezahlt werden. Also etwas mehr Wohlwollen von Seiten der Verwaltungen der Universitäten! Die Regierung betont, sie sei auch der Meinung, es solle liberal verfahren werden. Die Studenten hätten aber auch das Beschwerderecht. Ein Gesuch kriegsbeschädigter Studenten um Zahlungserleichterungen wird der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Ein Redner schildert die Not der Universitätsbibliotheken und wünscht, wenigstens in Zukunft einen höheren Beschaffungsbetrag. Die Regierung dankt für dieses Wohlwollen und sagt für das kommende Jahr weitere Mittel aus Werfen zu.

Im neuen Kollegienhaus in Heidelberg muß auf polizeiliche Anordnung ein neues Treppenhaus eingebaut werden im Interesse der Feuerficherheit. Für diesen Umbau sind 90.000 Mark ausgeworfen. Ein sozialdemokratischer Redner meint, das eile vorerst noch nicht. Er fürchtete, daß der Umbau weit höhere Kosten verursachen werde. Die Regierung ist der Ansicht, daß sie die Verantwortung der Verschiebung nicht tragen kann. Der kommende Generalumbau werde beim neuen Treppenhaus schon berücksichtigt. Die Pläne werden vorgelegt.

Eine Petition planmäßig außerordentlicher Professoren, die erfordern, in die Fakultäten aufgenommen zu werden, wurde der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen. Ein Zentrumsredner ist der Ansicht, daß eine Neuordnung der Universitätsverfassungen wohl aus verschiedenen Gründen erwünscht sei. Der Etat der Technischen Hochschule wird ebenfalls genehmigt.

## Das frühere Arbeitsministerium

Bei Hauptabteilung IV (früheres Arbeitsministerium) werden für soziale Fürsorge Erholungsstätten für Kinder, Kinderheime, Säuglingsfürsorge 220.000 Mark nachgefordert, ferner unter Titel VI 1.010.000 Mark für Erwerbslosenfürsorge und Ausbildung der Betriebsräte.

Dann gab der frühere Arbeitsminister Aufschlüsse über das Washingtoner Abkommen, über die Verhältnisse in den Kreisen der Arbeitslosen und über die kommende erste Aufgabe, Arbeitskräfte, die am Ort auf lange Zeit keine lohnende Arbeit finden könnten, an industriereicheren Gegenden anzusiedeln. Das scheiterte aber zum Beispiel bei der Industrie des Wiesentals an den niedrigen Löhnen, die nicht hinreichten, Arbeiterinnen, die nicht in der eigenen Familie Wohnung und Kost fanden, zu ernähren. Es zeigte sich immer mehr, welche gewaltigen Umschichtungen der Krieg verursachte. Ein sozialdemokr. Redner schildert die Not der abgebauten kaufmännischen Angestellten und bittet die Regierung, solche Leute bei Bedarf als Hilfskräfte, wenn auch nur vorübergehend, einzustellen. Von einem Zentrumsredner wurde für das nächste Budget eine Erhöhung der Summe für die Ausbildung der Betriebsräte als wünschenswert bezeichnet. Abgeordnete der Rechten stimmten gegen diesen Vorschlag, der mit nur 15 Stimmen (Zentrum, Sozialdemokraten, Demokraten) angenommen wurde.

## Andere Gesetze

Darnach wurde ein neues Polizeigesetz angenommen, wonach Leisten, in denen Ordnungspolizei regelmäßige Dienste zu leisten hat, einen Zuschuß zu zahlen haben. Die dauernden sachlichen Ausgaben werden ganz von der Staatskasse übernommen.

Dann folgte die Beratung über einen Antrag der Koalitionsparteien, die Aenderung des Gebäufondersteuergesetzes betr. Dieser Antrag erhöht die Gebäufondersteuer ab 1. Juli um 2 Pf. monatlich. Die land- und forstwirtschaftlichen Gebäude werden fernerhin nur mit 2 Pf. belastet bis zur Höhe von 60.000 Mark Steuernwert. In der Gesamtabstimmung fand das Gesetz 15 Stimmen, 1 Landbündeltreter enthielt sich, 5 Stimmen waren dagegen (2 Dk., 1 Wirtsch. Gruppe, 1 D. lib., 1 Komm.).

Eine Entschließung, die Steuererleichterungen bringen soll, wird einstimmig angenommen, bis auf Ziffer IIa, gegen die ein kommunistischer Abgeordneter stimmt.

Zur Annahme weiterer Anträge konnte sich die Mehrheit nicht entschließen, da allen möglichen Rücksichtnahmen und Milderungen in Gesetz und Entschließung entsprochen war.

Alle früheren Beschlüsse und Anträge werden als erledigt erklärt, auch die Denkschrift der Regierung über den Wohnungsbau.

Der Tuberkulosefürsorge sollen auf Anregung der Sozialdemokraten noch weitere 50.000 Mark zugeführt werden. Zum Glück erwiderte die Regierung einen anderen Vorschlag, „Ankauf des Inventars von 68 Polizeiwachen der Städte mit Staatspolizei“, wo zur 20.000 Mark abgetrieben werden können. Es geschah so — zu allgemeiner Befriedigung.

§ 2, der den badischen Rennvereinen aus den Rennwettweuern eine Summe von 296.000 Mark für Förderung der

Förderung) zuweist, erregt längere Debatten, wird aber schließlich mit 14 Stimmen, gegen 1 Komm. Stimme, bei 4 Enthaltungen (darunter 1 Zentrumsstimme) angenommen.

Zuletzt folgte der Bericht einer Denkschrift der Regierung über eine obligatorische Hagelversicherung. Der Berichterstatter war der Ansicht, daß zu einer Einführung der obligatorischen Hagelversicherung, die in keinem anderen deutschen Land bestche, zurzeit keine Notwendigkeit vorliege. Ein diesbezüglicher Antrag wurde angenommen.

## Nachtrag zur Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung

Am Dienstag werden weiter verhandelt: Mündliche Berichte des Haushaltsauschusses und Beratung über: 1. den Gesetzentwurf über die Aenderung des Gesetzes über die Polizeiverwaltung, das Polizeistrafgesetz und das Polizeistrafverfahren (Polizeigesetz), Berichterstatter Abg. Dr. J. D. H.; 2. den Gesetzentwurf über die Aenderung des Gebäufondersteuergesetzes, Berichterstatter Abg. R. A. E. r. t.

## Zur Verfassungsfeier

Der Oberrat der Freireich hat angeordnet, daß in den Synagogen des Landes anlässlich des Verfassungstages ein Gottesdienst abgehalten und dabei auf die Bedeutung des Tages hingewiesen werden soll.

## 3. Wettkampf für polizeiliche Körperausbildung in Karlsruhe

Ergebnis vom 24. Juli 1925

5000 m Lauf offen: Start-Nr. 28: Streifenm. Eppel, Heidelberg 17:18, 305: Wachtm. Nagel, PolSchule 17:31,1, 90: Streifenm. Weber, Mannheim, 41: Streifenm. Trunt, Heidelberg, 200: Streifenm. Egle, Freiburg, PolOberwachtm. Kaiser, Darmstadt (außer Konk.), 465: Streifenmeister Schnerz, Freiburg.

3x1000 m Staffel: 2. Vereinf. Karlsruh 8:49,6, 1. Vereinf. Freiburg 8:54,5, 1. Vereinf. Mannheim 9:09.

1500 m Altersklasse: Start-Nr. 441: PolWachtm. Schwab, Pforzheim 4:48,7, 416: PolWachtm. Herrmann, N. Karlsruhe 4:56,4, 282: Jugwachtm. Sopp, Waldshut 5:14,1.

Vereinfachsmehrkampf: 2. Vereinf. Heidelberg 2513 Pkt., 1. Vereinf. Karlsruhe 2494 Pkt., 3. Vereinf. Mannheim 2436 Pkt., PolSchule Karlsruhe (außer Konk.) 2178 Pkt.

Kugelstoßen (Altersklasse): Start-Nr. 429: PolWachtm. Alal, Mannheim (außer Konk.), 10,77 m, 438: PolWachtm. Wader, Mannheim 9,29 m, 176: Jugwachtm. Wochow, Freiburg 9,17 m, 439: Krimkämpf. Deß, Pforzheim 9,13 m, 437: PolWachtm. Merklinger, Mannheim 9,00 m.

Kugelstoßen (offen): Start-Nr. 429: PolWachtm. Alal, Mannheim 11,29 m, 100: Streifenm. Rang, Mannheim 10,95 m, 109: Kottenn. Jung, Karlsruhe 10,46 m, 246: Streifenm. Ludwig S., Karlsruh 10,22 m, 255: Wachtm. Kleinmann, Pforzheim 9,93 m, 357: PolWachtm. Thun, PolSchule 9,85 m, 206: Streifenm. Leppert, Freiburg 9,48 m.

Hautball: 1. Karlsruhe, 2. Freiburg, 3. Heidelberg.

Schleuderballwettbewerb: Start-Nr. 302: Jugwachtm. Mäule, PolSchule 44,40 m, 429: PolWachtm. Alal, Mannheim 44,37 m, 19: Jugwachtm. Frey, Heidelberg 43,52 m, PolOberleutn. Wambert, Darmstadt (außer Konk.) 42,18 m, 105: Kottenn. Attinger Karlsruhe 42,00 m, 246: Streifenm. Ludwig S., Karlsruh 41,85 m, 221: Kottenn. Dieß, Karlsruh 41,25 m, Wachtm. Schmidt, Darmstadt (außer Konk.) 39,05 m, Streifenm. Schindler, Karlsruhe 38,50 m.

Schleuderballwettbewerb für Altere: Start-Nr. 429: PolWachtm. Alal, Mannheim 41,98 m, 439: Krimkämpf. Deß, Pforzheim 41,56 m, 182: Wachtm. Roth Freiburg 37,85 m, 18: PolOberleutn. Groß, Heidelberg 37,02 m.

## Technische Polizeiwache

In Mannheimer Blättern ist zu lesen: Wie wir hören, beabsichtigt die freie Vereinigung für Polizeitechnik auf Grund von Anregungen, die anlässlich der internationalen Polizeitechnischen Ausstellung gegeben worden sind, im Laufe des nächsten Jahres eine besondere Vortragsreihe als technische Polizeiwache zu veranstalten. Diese technische Polizeiwache soll ausschließlich über technische Fragen (z. B. mechanische Signalgebung im Verkehrsdienst auf der Straße, Nachrichtenübermittlung, Fernindizierung, Bildtelegraphie usw.) Vorträge besonderer Sachkenntnis bringen und sich an leitende Persönlichkeiten der Polizei im In- wie Ausland wenden. Die Veranstaltung des technischen Problems wird die Vortragsreihe zugleich abgrenzen von den übrigen sog. Polizeiwachen, die sich auch an weitere Kreise der Polizei und Gendarmerie als Teilnehmer wenden. Die technische Polizeiwache soll nur einem qualifizierten Zuhörerkreis zugänglich sein. Zeit und Ort der Veranstaltung wird noch bekannt gegeben werden.

## Die Elektrifizierung der Eisenbahnen in Baden

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, der Elektrifizierung der badischen Eisenbahnen ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Dabei ist zu erwägen, daß die Schweiz in großem Umfang ihre Eisenbahnen elektrifizierte und daß Baden als einziges deutsches Land einen direkten Verkehr mit der Schweiz unterhält. Im Interesse der Wirtschaftlichkeit und des internationalen Verkehrs wäre es erwünscht, daß die deutsche Reichsbahngesellschaft die Elektrifizierung der großen deutschen Linien in Baden (Mannheim—Biel, Offenburg—Konstanz, Basel—Konstanz) so bald als möglich in Angriff nimmt. Insbesondere soll alsbald eine Aufstellung der Baukosten und eine Rentabilitätsberechnung erfolgen. Die Reichsregierung wolle in diesem Sinne auf die deutsche Reichsbahngesellschaft einwirken.

Gesangverein „Typographia“ Karlsruhe. Die zahlreichen, noch gut in der Erinnerung festenden Veranstaltungen, die die Buchdrucker von Karlsruhe anlässlich des 60. Stiftungsfestes der „Typographia“ Karlsruhe und des zweiten Süddeutschen Buchdrucker-Sängertages arrangiert hatten, umschloß auch eine durch die Qualität besonders Aufmerksamkeit erregende Wertungsfeier, aus dem nach der jetzt erschienenen Kritik (Kritiker: A. C. Gerpacher und Franz Philipp) die Karlsruhe „Typographia“ mit einer Beurteilung herborging, die den 100 Sängern und in besonderer Maße ihrem langjährigen Dirigenten, Herrn Gesangsdirigenten Arthur Herbst-Pforzheim, zur größten Ehre gereichen und die „Typographia“ zu den besten Gesangvereinen unserer Stadt zählen läßt. Es wurde der Chor „Hoch empor“ von Franz Curti vorgebracht. Die Kritiker schreiben: „Die schwere, aber äußerst gebiegene und wertvolle Komposition von dem glänzenden Material der „Typographia“ Karlsruhe unter herbortragender Führung hören zu können, bedeutet einen Höhepunkt, einen Kunstgenuss. Hier wurden auch schwere Intervallensätze ganz sauber ausgeführt (z. B. E. S. „Auge schaut“). Infolge richtiger Atmung kamen auch schöne, große Linien zur Geltung. In Antontation, Tonbildung, Aussprache und Dynamik ist soviel wie gar nichts auszusprechen und es muß daher gesagt werden, daß die „Typographia“ sich zu einem herbortragenden Gesangkörper der hiesigen Stadt entwickelt hat.“

## Aus der Landeshauptstadt

Präsident Dr. Start gestorben. Der frühere Präsident des katholischen Oberstiftungsrates, Dr. Ferdinand Start, ist gestern nach kurzer Krankheit gestorben. Dr. Start war 1864 in Freiburg geboren, betätigte sich mehrere Jahre lang in der badischen Finanzverwaltung, trat dann als Professor in den katholischen Oberstiftungsrat ein, den er von 1917 bis 1924 leitete.

Der Bürgerausschuß nahm in seiner gestrigen Sitzung einen Antrag des Stadtrats an, mit Wirkung ab 1. April 1925 den Dienstreitag mit dem Oberbürgermeister dahin abzuändern, daß dessen Ruhegehaltsfähiges Jahresgehalt von 20.000 auf 25.000 Mark erhöht wird; dazu tritt eine Aufwandsentschädigung von 2000 Mark. — Ein Antrag des Stadtrats, nachträglich noch den Punkt: Entschädigung der Stadträte auf die Tagesordnung zu setzen, wurde abgelehnt.

Sozialdemokratische Protestkundgebung. Gemäß der von der deutschen Sozialdemokratie für den Freitag ausgegebenen Parole „gegen den Zoll- und Brotwucher“ versammelten sich in der 5. Nachmittagsstunde auch die Belegschaften der hiesigen Betriebe zu einer Massenkundgebung vor dem Konzerthaus, von dessen Balkonen aus Landtagsabgeordneter Müller, Prof. Kobbach und Gewerkschaftssekretär Schulenburg zu der einige Tausend Köpfe zählenden Menge sprachen. Die Referenten wandten sich in scharfen Worten gegen den soeben geschlossenen Zollkompromiß und bezeichneten die Zollvorlage als einen Anschlag des Monopolkapitals gegen die arbeitende Bevölkerung. Die Folgen würden sich in einer noch mehr eingeschränkten Lebenshaltung, Wirtschaftskrisen und sehr schwerer Lohnkämpfen auswirken. Es wurde einstimmig eine Protestentschließung angenommen, worin die Organisationen aufgefordert werden, alle nur möglichen Mittel im Kampfe gegen die Zollpolitik anzuwenden. Nach Beendigung der Versammlung formierten sich die Teilnehmer zu einem Demonstrationsszug durch die Ettlinger- und Karl-Friedrichstraße zum Schloßplatz, wo man auseinanderging. Die Kundgebung vollzog sich ohne Zwischenfall.

Wiener Operette im städt. Konzerthaus. Heute, Samstag den 25. Juli, und Montag den 27. Juli wird die mit großem Beifall aufgenommene Volksoperette „Das Musikantenmädchen“ wiederholt. Morgen, Sonntag, gelangt „Gräfin Mariza“ in der Originalbesetzung zur Aufführung. Die Vorstellung beginnt mit Rücksicht auf die auswärtigen Besucher, wie nunmehr jeden Sonntag, um 7 Uhr. Eine große Anzahl photographischer Aufnahmen aus „Gräfin Mariza“ wird bei Fritz Müller, Kaiserstraße, ausgestellt.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landesregierung Karlsruhe vom 25. Juli 8 Uhr vorm.: Gestern herrschte in Baden tagsüber wechselnde Bewölkung. Nachts kam es zu leichten Regenfällen, namentlich in Südbaden. Die Druckschwankungen über Mitteleuropa bestehen fort. Heute früh liegt ein ausgebildeter kleiner Wirbel in der Gegend von Kassel. Das zeitweise bewölkte Wetter mit Strichregen hält vorderhand noch an. Voraussage für Sonntag: Wechselnd bewölkt, mäßig warm, Strichregen, stellenweise mit Gewitterbildung, westliche Winde. für Montag: vorübergehende Aufheiterung, meist trocken, Gewitterneigung.

## Kurze Nachrichten aus Baden

D.3. Kedarsteinach, 22. Juli. In Kedarsteinach ist der frühere Stadtpfarrer der Evangelischen Gemeinde Theodor Heinrich Junker nach langem Leiden im Alter von 72 Jahren gestorben.

W.3. Baden-Baden, 24. Juli. Die Teilnehmer der beiden Konkurrenzen Robert Botschari-Fahrt 1925 und Baden-Badener Auto-Turnier starteten heute zur Bergprüfungsfahrt am Kniebis. Die Rennstrecke begann gleich hinter Griesbach und war rund 6 Kilometer lang. Die höchste Steigung dieser Strecke beträgt 450 m, und es war den Fahrern vorbehalten, außerordentlich gefährliche Kurven nehmen zu müssen. Ein sehr zahlreiches Publikum verfolgte mit höchster Spannung den Verlauf des Rennens. Die beste Zeit fuhr, wie auch gestern beim Nachrennen, Rosenberger-Pforzheim auf seinem 6,5 PS. Mercedes in 15 Min. 5 Sek. und drückte dadurch den bestehenden Rekord für diese Klasse.

D.3. Kirchbach (Amt Offenburg), 24. Juli. Vorgefunden nachmittag brach auf dem Simeshansenhof auf bis jetzt noch nicht festgestellter Ursache Feuer aus, welches sehr schnell um sich griff und auch das in der Nähe stehende Wohnhaus des Schmiedemachers Joh. Ehlinger, sowie die Mühle und das Speichergebäude des Hofes in Brand setzte. Sämtliche Gebäulichkeiten wurden in ganz kurzer Zeit eingeschert. Das gesamte Inventar, 20 Schafe, 5 Schweine und 2 Kühe sind mitverbrannt. Trotzdem die Betroffenen versichert waren, dürfte der Schaden, den sie erleiden, recht beträchtlich sein.

D.3. Kallbrunn (Amt Wolfach), 24. Juli. In der Klosterkirche zu Bittichen wurde in der Nacht vom 20. auf 21. Juli ein Einbruch verübt. Den Tätern fiel silbernes und goldenes Messgerät im Gesamtwerte von ca. 1200 Mark in die Hände. Von den Dieben sollen inzwischen Anhaltspunkte gefunden worden sein.

Freiburg, 24. Juli. Das Res.-Inf.-Regt. 240 hält seinen diesjährigen Regimentstag am Sonntag, den 2. August, in Freiburg i. Br. (Treffpunkt 10 Uhr vormittags „Burse“ ab 12.30 Uhr Hotel Kopf) ab.

## Verschiedenes

### Umfangreiche Moor- und Waldbrände

Der Waldbrand in der Gegend von Mathenow, Stendal und Gavelberg, der eine der furchtbarsten Brandkatastrophen Mitteleuropas darstellt, ist durch die Anstrengungen der eingesetzten Wehren und der Militär- und Schutzpolizeiaufgebote zum Stillstand gebracht worden. Das ganze Gebiet zwischen Mathenow und Elbe bildete ein einziges Flammenmeer. Einzelne Orte mußten von der Bevölkerung schnellstens geräumt werden. Im ganzen sind etwa 30.000 Morgen Waldbestand vernichtet worden. Es handelt sich hauptsächlich um Heidebäume, die reich an Wildbrand war. — Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, sprang der hannoversche Moor- und Heidebrand infolge starken Windes auf das Forstgebiet im Kreise Neustadt über und setzte das Hellstorfer Moor nun in Brand. Menschenleben, Häuser sowie die Ernte sind nach wie vor nirgends beschädigt oder vernichtet. — Eine spätere Meldung besagt: Der Brand der Wälder Moors kann als beendet angesehen werden. Er hatte im ganzen 6000 Morgen Wald- und Moorgebiet ergriffen und ist nun bis auf eine Fläche von etwa 1000 Morgen eingeschränkt. — Nach einer Meldung aus Lüneburg wurde nach Schießübungen auf dem Lüneburger Exerzierplatz gemeldet, daß ein Heidebrand ausgebrochen sei, der sich über eine Fläche von etwa 100 Morgen erstreckte und den Hochwald bedrohte. Die Entstehungsurache ist noch nicht bekannt, jedoch wird Unachtsamkeit mit Feuer vermutet. Daß das Feuer eine Folge der Schießübungen ist, wird nicht angenommen.

## Börsen und Märkte

Wirtschaftliche Wochenchau nach dem Stande vom 23. Juli

**Börse:** Die rückläufige Bewegung an der Börse nahm ihren Fortgang. Besonders die Effektenmärkte fanden erneut unter Druck trotz der günstigen Aufnahme der deutschen Antwortnote in der Garantiepakfrage und trotz der voranschreitenden Räumung des Ruhrreviers. Namentlich die wirtschaftliche Lage beunruhigte. Dazu trugen die Meldungen über weitere Betriebsstilllegungen im Kohlenbergbau und in der Schwerindustrie wesentlich bei. Weiter herrschte beträchtliche Verstimmung aus Anlaß der Stinnesregulierung, die sich nur langsam und unter Schwierigkeiten vollzieht. Auf dem Anleihemarkt haben die Kurse trotz der Ablosung von Anleihen im Aufwertungs-gesetz sich gehalten. Die Entscheidung hatte doch das Gute, daß damit klare Verhältnisse geschaffen wurden und eine stetige Beunruhigungsquelle für die Börse sich schloß. Das Schicksal der alten Schulden steht jetzt, wenn auch nicht in den Einzelheiten, so doch im Prinzip fest.

**Geldmarkt:** Die Verhältnisse auf den Kapitalmärkten sind überaus gedrückt. Die relative Erleichterung des Tagesgeldmarktes kann über die bestehende Spannung nicht hinwegtäuschen. Auf den herannahenden Ultimo wurde der Geldmarkt wieder verengt. Termingeld war stark gesucht. Die Knappheit am Geldmarkt wurde noch dadurch vergrößert, daß größere Beträge seitens der Landwirtschaft zur Finanzierung der neuen Ernte aus dem Markt entnommen wurden.

**Produktenmarkt:** Auf den Produktenmärkten blieben die Umsätze klein. Die Preise waren ziemlich uneinheitlich. Die von Amerika gemeldete Haufseebewegung, die diesmal mehr durch die Mäßigkeit der Spekulation hervorgerufen wurde, wirkte auf die deutschen Märkte wenig ein. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 286 (+2), Roggen 192 (-34), Winter- und Futtergerste 212 (-3), Hafer 255 (+12), Weizen je pro Tonne und Mehl 35 1/2 pro Ds.

**Warenmarkt:** Die Großhandelsindexziffer ist um 0,7% auf 184,9 zurückgegangen. Die Absatzkrise in der Ruhrkohlenindustrie hält weiter an. Der Grund dafür besteht aber nicht nur

in der Konkurrenz der ober-schlesischen wie ausländischen Kohle, sondern auch in dem geringen Beschäftigungsgrad in der Eisenindustrie, bei der weitere Stilllegungen unvermeidlich geworden waren. Bei den letzten Güteauktionen blieben die Preise im großen und ganzen fest. Im Textilhandel ist das Geschäft lebhafter.

## Staatsanzeiger

Nr. 76835. Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer 1925.

An die Gemeinden, Kreise, Stiftungen, Sparkassen und ihre Aufsichtsbehörden:

Der Reichsfinanzminister hat mit Entschliebung vom 1. Juli 1925 III e 4100 zugunsten der Steuerpflichtigen die Grenze, bis zu der 10 v. H. abzüglich der Ermäßigungen nach dem Familienstand an Einkommensteuerborauszahlungen zu entrichten sind, von 2000 RM. auf 3000 RM. vierteljährlich festgesetzt. Infolgedessen haben die Gehaltsempfänger Vorauszahlungen nur noch dann zu leisten, wenn die Gehaltsbezüge nach Absetzung des steuerfreien Lohnbetrages — für das zweite Kalendervierteljahr 200 RM., künftig 240 RM. für das Kalendervierteljahr — den Betrag von 3000 RM. im abgelaufenen Kalendervierteljahr überstiegen haben.

Für die Einreichung der Voranmeldung gilt die gleiche Schonfrist — 1 Woche — wie für die Vorauszahlung. Während bisher Vorauszahlungen nicht zu entrichten waren, wenn sie 6 RM. im Vierteljahr nicht überstiegen haben, bleiben künftig nur noch Beiträge unerhoben, die 3 RM. nicht übersteigen.

Karlsruhe, den 22. Juli 1925.  
Der Minister des Innern  
Remmle

Dem Deutschen Ledermuseum in Offenbach wurde die Erlaubnis zum Kostvertrieb in Baden erteilt.  
Karlsruhe, den 21. Juli 1925.  
Der Minister des Innern  
J. B. Leers

## Bekanntmachung

Lehrkurs im Aufbesichtigungs- und staatl. Aufbesichtigungslehren.

Der nächste Lehrkurs an den staatl. Aufbesichtigungslehren wird am 1. September 1925 beginnen. Besuche um Aufnahme sind alsbald an den Vorstand derjenigen Schule zu richten, welche der Besuchsteller besuchen will. Auskunft über die Aufnahmebedingungen, über die Kosten des Unterrichts und über den Lehrplan erteilen auf Anfrage die Bezirksämter.

Karlsruhe, den 22. Juli 1925.  
Der Minister des Innern  
Remmle

## Bekanntmachung

Die abgeforderte Gemarkung Igelbach. Die zwischen der abgeforderten Gemarkung Igelbach und der Stadtgemeinde Eberbach, Amtsbezirk Heidelberg, abgeschlossene Vereinbarung über die Vereinigung der abgeforderten Gemarkung mit der Stadtgemeinde Eberbach wurde, unter Aufhebung der gegenseitigen Gemarkungsgrenze, mit Wirkung vom 1. April 1925 staatl. genehmigt.

Karlsruhe, den 20. Juli 1925.  
Der Minister des Innern  
Remmle

## Berkehr mit Kraftfahrzeugen

Die Anhörung der Finanzämter vor der Ausstellung von internationalen Fahrausweisen und die Eintragung von Verkehrsmitteln in diese Ausweise sind in Zukunft nicht mehr erforderlich, nachdem das Steuerfluchtgesetz und die einschlägigen Bestimmungen des Kapitalfluchtgesetzes außer Kraft getreten sind.

Karlsruhe, den 17. Juli 1925.  
Der Minister des Innern  
J. B. Leers

**GROSSE SCHWEIZER KUNSTAUSSTELLUNG  
KARLSRUHE-BADEN / 19. Juli — 30. August 1925.**  
STÄDTISCHE AUSSTELLUNGSHALLE KARLSRUHE  
KUNST DES 19. JAHRHUNDERTS UND DER GEGENWART  
SONDERRÄUME: BOECKLIN · HODLER · DISTELI · TOEPFFER · u. a.

**DER ZAHNARZT**  
Ausstellung für Schulzahnpflege u. soziale Hygiene  
**KARLSRUHE**  
31. 7. — 8. 8. 1925

IM AULAGEBÄUDE DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE  
GEÖFFNET VON 10 UHR VORMITTAGS BIS 8 UHR ABENDS

**Gaushaltungsschule**  
des Badischen Frauenvereins vom Roten Kreuz  
Karlsruhe, Herrenstraße 39  
Wiedereröffnung der Anstalt am **Dienstag, den 1. September 1925.**  
An diesem Tage beginnen sowohl die **Gaushaltungskurse für Internatschülerinnen** als auch die **Kochkurse für Stadtschülerinnen**. Gleichzeitig soll der mit der Anstalt verbundene **Mittagsstisch** wieder eröffnet werden. Anmeldungen werden schon jetzt entgegengenommen.  
Jede gewünschte Auskunft wird schriftlich oder mündlich erteilt durch den Bad. Frauenverein vom Roten Kreuz, Kaiserallee 10, oder die Vorsteherin der Gaushaltungsschule, Fräulein Wilhelm, Herrenstraße 39.

Soeben erschienen:  
**Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden**  
Ein Beitrag zur politischen Geschichte Badens 1914/24  
von  
**Adam Remmle**  
Badischer Minister des Innern  
In dem lebendig und anschaulich geschriebenen Buche wird in knapper zusammenfassender Form geschildert, wie Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden in den ebenso kritischen wie geschichtlich denkwürdigen Jahren 1914—24 vor sich gegangen ist.  
Preis gebunden M. 5.50, gebunden M. 7.50  
Zu beziehen durch jede Buchhandlung  
**Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B.**

**Badische Bank**  
Mannheim — Karlsruhe  
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

**Holst. Meierei-Tafelbutter**  
Eglichsch, versend. in 9 Pfd.-Postpaketen unter Nachnahme  
**Franz Koch,**  
Holsteinische Meiereien  
gegründet 1884 575  
Westensee in Holstein.

Im Reisegeschäft [379  
Victoriastraße 10  
sind Kleider, Hülsen,  
Sondenzett u. Woll-  
stoffe in großer Auswahl  
eingetroffen.  
Reichlich Lager.  
kein Laden.

**Neue Näder**  
für Herren und Damen, sowie  
alle Ersatzteile erhalten Sie bei  
Hb. Dürringer, Kronenstr. 18  
Emaillieren, Verarbeiten  
zum Preise von 25 Mark.  
Sämtliche Reparaturen  
übernehme ich bei promptester  
Bekienung. C. 585

**Aufpolstern**  
von Matratzen und  
Divans etc. sowie **Neuan-**  
fertigung besorgt **recht u.**  
billig C. 368  
**Albert Ernst,** Tapezierer  
Steinstraße 21.

**Wiener Operette im städtischen Konzerthaus**  
Morgen Sonntag, 26. Juli, abends 7 Uhr  
**Gräfin Mariza**  
von Emmerich Kalman  
Billets von M. 1,70—6,30 bei F. Müller, Kaiserstr.,  
Zigarren-Brunnen, Kaiserallee, Holzschuh, Werder-  
straße 48, und an der Tageskasse. C. 548  
**Montag: Das Musikantenmädels**

**Harmonium**  
2 Reg. . . . . Mark 338.—  
9 Reg. . . . . Mark 677.—  
13 Reg. . . . . Mark 411.—  
Zahlungs erleichterung  
K Frankolieferung 948  
**LANG**  
Kaiserstr. 107 : Tel. 1073  
Salamander-Saunhaus

**Wieden (bad. Schwarzwald)**  
**Gashaus und Pension zum Hirschen**  
830 m ü. d. M. . . . . Telephon Todtnau 22  
Für Sommeraufenthalt bestens empfohlen.  
Eigene Landwirtschaft. Anerkannt gute Verpflegung.  
Pensionspreis 5 Mark.  
C. 590 . . . . . Der Besitzer: L. Stiefvater.

**Detektiv** - Institut  
u. Privat-  
Nachkunte  
in **Mannheim**  
O. 6, 6.  
Planen 8, 47  
Fernspr. 3305  
**A. Maler & Co., G. m. b. H.**